



## **Amtsgericht Werl**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 09.06.2026, 09:00 Uhr,  
Erdgeschoss, Sitzungssaal 0.23, Soester Str. 51, 59457 Werl**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Werl , Blatt 8593,**

**BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Werl , Flur 30, Flurstück 133, Gebäude- und Freifläche, Harkortstraße 5, Größe: 1.336 m<sup>2</sup>

**Grundbuch von Werl, Blatt 8593,**

**BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Werl, Flur 30, Flurstück 410, Gebäude- und Freifläche, Harkortstraße 5, Größe: 887 m<sup>2</sup> versteigert werden.

Zu Nr. 1 des BV: Laut dem Wertgutachten handelt es sich um ein Grundstück, auf dem sich eine abgebrannte Autowerkstatt mit Büro- und Sozialräumen befindet.

Grundstücksgröße: 1.336 m<sup>2</sup>

Zu Nr. 2 des BV: Laut dem Wertgutachten handelt es sich um ein Grundstück, auf dem sich der Überbau einer abgebrannten Autowerkstatt befindet.

Grundstücksgröße: 887 m<sup>2</sup>

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.06.2024 auf

Grundstück 1 und am 20.06.2024 auf Grundstück 2 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

- Gemarkung Werl Blatt 8593, Ifd. Nr. 1	15.500,00 €
- Gemarkung Werl Blatt 8593, Ifd. Nr. 2	28.500,00 €
 Gesamtwert:	 44.000,00 €.

Die Einzelverfahren sind mit Beschluss vom 19.02.2026 verbunden worden.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.